

Süddeutsche Zeitung

NEUESTE NACHRICHTEN AUS POLITIK, KULTUR, WIRTSCHAFT UND SPORT

WWW.SÜDDEUTSCHE.DE

HF1 HK1 HS1 HH1

MÜNCHEN, FREITAG, 20. SEPTEMBER 2013

69. JAHRGANG / 38. WOCHE / NR. 218 / 2,50 EURO

Das Streiflicht

(SZ) Sie reden nur hinter vorgehaltener Hand darüber, aber Geheimagenten leiden unter mangelnder Anerkennung ihrer Arbeit. Nie werden sie in Talkshows eingeladen! Wenn sie mal ein Interview geben, haben sie unvorteilhafte Balken vor den Augen und sprechen mit Micky-Maus-Stimme. Geheim ist also sehr uncool und bringt auf Facebook keine Follower. Andererseits, nicht nur ihre Heldentaten, auch die Fehler, die sie machen, werden diskret behandelt. Als der Mossad die Zielperson verwechselte und in Norwegen statt einen der Verantwortlichen des Olympia-Attentats in München einen Kellner ermordete, besprach man das intern. Deswegen ist in Zeiten, in denen alles an die Öffentlichkeit gezerrt, in sozialen Netzen gefangen und dort am Leben erhalten wird, Geheimagent ein Traumberuf. Unter Ausschluss der Mecker- und Mahnöffentlichkeit zu arbeiten, macht wenigstens immer herrlich locker.

Weil das so ist, haben Agenten über Jahrhunderte den größten Unfug anstellen können, ohne dass sich irgendjemand darüber aufregte. Oft wurden Agenten in angeblich staatsfeindliche Organisationen eingeschleust, um diese zu infiltrieren. Es ist erwiesen, dass diese Organisationen mehr Schaden angerichtet haben, als sie es ohne Agenten jemals vermocht hätten. Später, wie immer zu spät, wurde auch bekannt, dass immer wieder Agenten, um besonders überzeugend zu sein, sich derart übermotiviert mit ihrer Aufgabe identifizierten, dass sie die besten Staatsfeinde wurden. Im vorrevolutionären Russland waren oft mehr Agenten als echte Anarchisten in einer antizaristischen Gruppe vertreten, ehrgeizig trieben sich die Kollegen gegenseitig zu terroristischen Höchstleistungen.

Damals war wenigstens das Feindbild scharf konturiert. Weil aber die Lagerbildung in der modernen geopolitischen Welt in Auflösung begriffen ist, kann der Geheimagent nicht mehr nach Herzenslust rumhulzen, er muss im Labyrinth der sich ständig verändernden Koalitionen den Überblick bewahren. Die Welt ist dem Spion zum Rätsel geworden. Immer wieder neu stellt sich die Frage, wer jetzt eigentlich gerade in welcher Frage mit wem verbündet ist und welches Land gerade abgehört werden soll? Am besten alle, wie die NSA herausgefunden hat. Wessen geheime Daten sind nützlicher? Die vom ideologischen Gegner oder die des potenziellen Verbündeten, der, verschlagen wie er ist, seine Position verbessern will? Wenn sie nicht unsichtbar wären, sähe man die Geheimdienste jetzt vor sich, wie sie über der Weltkarte brüten und die Strategiefähigkeiten hilflos hin- und herschieben. Deswegen rekrutiert der britische Geheimdienst neuerdings Mitarbeiter, indem er im Internet ein kompliziertes Rätsel lösen lässt und die besten anschließend kontaktiert. Mit solchen Leuten im Boot weiß man genau, wen man in Zukunft ausforschen muss. Alles Weitere dann auf Facebook!

HEUTE

Die Seite Drei
Auch die evangelische Kirche tut sich schwer, sexuellen Missbrauch aufzuklären 3

Meinung
Silvio Berlusconi kann Italien noch lange plagen. Aber das Land wird ihn überstehen 4

Politik
Hoffen und Bangen – Was sich Europa von der Bundestagswahl erwartet 8

Panorama
Ägypten will die Urlauber zurück an den Nil locken – vor allem die deutschen 9

Feuilleton
„Spätlese“: Das Literaturhaus München präsentiert Loriots unveröffentlichte Werke 13

Medien, TV-/ Radioprogramm 47, 48
Kinder- und Jugendsachbuch 15
München · Bayern 44
Rätsel 47
Familienanzeigen 45

Süddeutsche Zeitung GmbH, Hultschiner Straße 8, 81677 München; Telefon 089/2183-0, Telefax -9777; redaktion@sueddeutsche.de
Anzeigen: Telefon 089/2183-1010 (Immobilien- und Mietmarkt), 089/2183-1020 (Motormarkt), 089/2183-1030 (Stellenmarkt, weitere Märkte), Abo-Service: Telefon 089/21 83-80 80, www.sz.de/abo
A, B, E, F, GR, I, L, NI, SLO, SK: € 3,30; dkr. 26; € 3,30; kn 30; sfr. 5,00; czk 101; Ft 880



Wieder vereint

Die iranische Menschenrechtsaktivistin Nasrin Sotoudeh ist frei. Nach drei Jahren Haft wurde sie aus dem Gefängnis entlassen und umarmte zu Hause ihren Sohn Nima. Ausländischen Medien sagte die Anwältin, sie fühle sich gut und wolle ihre Arbeit fortsetzen. Irans neuer Präsident Hassan Rohani hatte angekündigt, mehr Freiheiten zuzulassen und „konstruktiv mit der Welt zusammenzuarbeiten“. Kommende Woche fliegt er nach New York, um sich der UN-Vollversammlung vorzustellen. FOTO: BEHROUZ MEHRI/AFP > Seite 7

Mäßiges Zeugnis für die Familienpolitik

Elterngeld und Kita-Ausbau gut, Ehegattensplitting und Kindergeld mangelhaft – so urteilen Regierungsberater über die schwarz-gelbe Politik. Diesen Befund hatte CDU-Ministerin Schröder kürzlich viel günstiger dargestellt

VON CLAUDIUS HULVERSCHEIDT

Berlin – Die Familienpolitik der Bundesregierung trägt aus Sicht einer von ihr selbst eingesetzten Expertengruppe nur bedingt dazu bei, die Situation von Eltern und Kindern zu verbessern. Das zeigt ein Bericht der Wirtschaftsforschungsinstitute ZEW, DIW und Ifo, der im Oktober vorgestellt werden soll. Sehr schlecht kommt darin das Ehegattensplitting weg. Aber auch eine Kindergelderhöhung, wie sie neben Union und FDP auch SPD und Linkspartei planen, wird kritisch gesehen. Aus Sicht der Forscher sinnvolle Instrumente sind dagegen der Kita-Ausbau und das Elterngeld.

Die Regierung hatte eine Gruppe von Instituten beauftragt, die 156 staatlichen Familienleistungen im Umfang von 200 Milliarden Euro auf ihre Wirksamkeit zu über-

prüfen. Noch vor Abgabe der letzten Einzelstudien kam es jedoch im Juni zum Eklat, als Familienministerin Kristina Schröder (CDU) öffentlich erklärte, die Forscher bewerteten die Politik der Koalition positiv. Am 2. Oktober wollen DIW, Ifo und ZEW nun ihre eigene Sicht der Dinge darlegen.

In ihrem Bericht kommen keineswegs alle Maßnahmen der schwarz-gelben Koalition schlecht weg. So wird der Krippenausbau ausdrücklich gelobt. Der Besuch eines Kindes in einer staatlich geförderten Kita ist aus Sicht der Forscher die einzige Maßnahme, die alle von der Regierung definierten Ziele der Familienpolitik erfüllt. Dazu zählen die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die frühe Förderung von Kindern, die Erfüllung des elterlichen Kinderwunsches und die bessere finanzielle Absicherung der Familie, vor allem der Frauen.

„Ohne die Subventionierung von Kitas wären etwa in Familien mit Zwei- bis Dreijährigen die Erwerbstätigenquote von Müttern um ein Fünftel und das Familieneinkommen um durchschnittlich 170 Euro monatlich niedriger“, sagte Katharina Spieß von DIW der *Süddeutschen Zeitung*. Nach Angaben ihres Ifo-Kollegen Helmut Rainer weist die Kita-Betreuung zudem die beste Kosten-Nutzen-Relation auf: „Weil mehr Mütter arbeiten gehen können und damit Steuern und Abgaben zahlen, finanziert sich die Leistung aus Sicht des Staats zu einem erheblichen Teil selbst“, erklärte er.

Positiv schneidet auch das Elterngeld ab. Allerdings fordern die Forscher mehr Anreize, dass sich Mütter und Väter die Betreuung ihrer Kinder tatsächlich teilen. „Würde das Elterngeld dahin gehend weiterentwickelt, dass eine Aufteilung von Er-

werbs- und Familienarbeit zwischen Müttern und Vätern finanziell noch attraktiver wäre als heute, würden die positiven Effekte noch weiter gesteigert“, sagte die DIW-Forscherin Katharina Wrohlich.

Dagegen steht das Ehegattensplitting aus Sicht des ZEW-Experten Holger Bonin „zu Recht in der Kritik, da es für den Zweitverdiener – meist die Frau – einen Anreiz setzt, nicht arbeiten zu gehen“. Eine Einzelbesteuerung der Partner mit Übertragung etwa des Grundfreibetrags wäre nicht nur sinnvoller, sondern würde bis zu zehn Milliarden Euro einsparen, die für andere Familienleistungen zur Verfügung stünden, so Bonin. Einem höheren Kindergeld stehen die Forscher skeptisch gegenüber, da die Zahlung Eltern kaum Anreize bietet, ihr Verhalten zu ändern, einen Job anzunehmen und besser fürs Alter vorzusorgen.

Zeugin 536 in Angst

Wer vor dem Haager Strafgerichtshof aussagt, riskiert sein Leben

gemacht, zusammen mit einem Foto. Daraufhin brach los, was gemeinhin „Shitstorm“ genannt wird, in Leserkommentaren wurde die Frau als „Lügnerin“ beschimpft. Ein möglicherweise gefährlicher Präzedenzfall für den Internationalen Strafgerichtshof. Wenn Zeugen sich künftig nicht mehr sicher fühlen können, macht das die Arbeit des Tribunals, das weltweit Verbrechen von Politikern gegen die eigene Bevölkerung ahnden soll, schwieriger, als sie ohnehin schon ist.

Eine Sprecherin der kenianischen Menschenrechtskommission befürchtet denn auch, die Preisgabe des Namens könne andere Zeugen verunsichern. Es werde „schwierig werden, ihnen zu versichern, dass sie und ihre Familien wirklich ge-

schützt sind“. Schon vor Prozessbeginn hatte Chefanklägerin Fatou Bensouda beklagt, nirgends habe es bisher einen solchen Druck auf Zeugen gegeben wie in Kenia. Mehrere wurden schon ins Ausland in Sicherheit gebracht, einige haben bereits ihre Aussagen zurückgezogen.

Ohne den Mut der Zeugen wäre ein solcher Prozess gar nicht möglich. Deshalb möchte der Internationale Strafgerichtshof die Menschen schützen. Die Ankläger sprechen ihre Zeugen im Gerichtssaal nur mit Nummern an, sie sind hinter einer Milchglasscheibe versteckt. Bei allen Fragen, die direkt die Person des Zeugen betreffen, ist die Öffentlichkeit auszuschließen. Vollkommene Anonymisierung allerdings ist rechtlich nicht möglich, deshalb

müssen zumindest auf den gerichtlichen Dokumenten die echten Namen der Zeugen stehen. Die Verteidiger versichern per Ehrenwort, dass sie diese nicht öffentlich machen – eine offenkundige Schwachstelle. Zeugin 536 könnte jedoch, so vermuten manche Beobachter, allein schon anhand von Details ihrer Aussage identifizierbar geworden sein. Der Vorsitzende Richter Chile Eboe-Osuih hat nun erklärt, die Offenlegung der Identität von Zeugen oder deren Angehörigen sei eine Straftat und werde vom Gericht geahndet – „in Kenia und überall auf der Welt“.

In Kenia werden künftige Prozesse ohnehin schwierig. Eine Mehrheit der Abgeordneten im Parlament in Nairobi hat kürzlich für einen Austritt des Landes aus dem Statut gestimmt, das dem Internationalen Strafgerichtshof zugrunde liegt. Bereits laufende Verfahren wie das gegen Ruto und Kenyatta sind davon allerdings nicht berührt. TOBIAS ZICK

Papst mahnt Bischöfe zu Bescheidenheit

Franziskus: Fragt euch, ob ihr das, was ihr predigt, auch lebt – und verfallt nicht in Karrieresucht

München – Katholische Bischöfe sollen demütig und bescheiden leben – so wünscht es sich Papst Franziskus. „Seid immer bei eurer Herde, verfallt nicht in Karrieresucht, und fragt euch, ob ihr das, was ihr predigt, auch lebt“, sagte er am Donnerstag in einer Audienz für Bischöfe, die in den vergangenen zwölf Monaten geweiht worden sind; aus Deutschland nahm Rudolf Voderholzer aus Regensburg teil. Ein Bischof solle nicht nach „Wechseln und Beförderungen“ trachten, er solle vor allem in seinem Bistum tätig sein. „Flughafen-Bischöfe“ seien ein Skandal, der verhindert werden müsse. Es sei „vor allem das konkrete Zeugnis, mit dem wir Lehrmeister und Erzieher unseres Volkes sind“, erklärte der Papst. Ausdrücklich, so berichten katholische Medien, forderte Franziskus die

Bischöfe auf, mit den Beratungsgremien in den Bistümern einen „ehrlichen und konstruktiven Dialog“ zu führen. Sie sollten ein offenes Ohr dafür haben, was „der Geist den Kirchen sagt“. „Seid Hirten mit dem Geruch der Schafe“, rief Franziskus die neuen Bischöfe auf. „Verschließt euch nicht! Geht zu den Gläubigen, auch an den Rändern eurer Bistümer und in alle Randgebiete der Existenz, wo Leid, Einsamkeit und Erniedrigung der Menschen herrschen.“ Bischöfe sollten „mit dem Volk Gottes gehen“. Wer bei ihnen an die Pforte klopfe, solle ein offenes Haus vorfinden. Papst Franziskus lebt seit seiner Amtseinführung im März im Gästehaus des Vatikans, nicht im Apostolischen Palast, und lässt sich in Mittelklassenwagen fahren, schon mehrmals hat er die Christen und

vor allem die Priester aufgerufen, bescheiden zu leben. In Deutschland hat es zuletzt eine Kontroverse um den Limburger Bischof Franz-Peter Tebartz-van Elst gegeben, der per Upgrade in der ersten Klasse nach Indien geflogen war und dessen Um- und Neubau des Bischofshauses statt wie geplant 5,5 Millionen nun 20 Millionen Euro und mehr kosten soll. Kritiker werfen ihm vor, dass auch seine extravaganten Änderungswünsche verantwortlich seien für die Kostenexplosion. Auch die Kardinalen Karl Lehmann aus Mainz und Reinhard Marx aus München hatten Tebartz-van Elst kritisiert, der Kölner Kardinal Joachim Meisner oder der Hamburger Erzbischof Werner Thissen ihn dagegen verteidigt. Nach einem Besuch des Kurienkardinals Giovanni Lajolo hat der Limburger Bi-

schof sich verpflichtet, die Kosten des Baus gegenüber dem Domkapitel offenzulegen und enger mit den Beratungsgremien des Bistums zusammenzuarbeiten. Erneut wird in Deutschland auch über den Zölibat diskutiert: Der künftige Kardinalstaatssekretär und damit zweite Mann im Vatikan, Pietro Parolin, hatte erklärt, dass katholische Priester ehelos leben müssten, sei „kein Dogma“. Daraufhin sprachen sich Kardinal Lehmann und Alois Glück, der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, dafür aus, bewährten, verheirateten Diakonen den Weg zur Priesterweihe zu öffnen. Der Eichstätter Bischof Gregor Maria Hanke erklärte dagegen, er sehe „momentan kein zwingendes Argument, die Zölibatspflicht aufzuheben“. MATTHIAS DROBINSKI



Teufelskerle: Im Kino spielt Daniel Brühl den Rennfahrer Niki Lauda – eine Begegnung mit den beiden, bei der es um Leben und Tod geht. **Silver Surfer:** Bei manchen Männern beginnt die beste Zeit erst, wenn sie grau sind. **Außerdem:** Prominente wie Dieter Nuhr und Dirk von Lowtzow erzählen von dem Moment, in dem sie erwachsen geworden sind. **Ein Männerheft** über die schönen (und nicht so schönen) Seiten des Alters. Liegt nicht der gesamten Auslandsauflage bei

Sechs Seiten Beilage
The New York Times
Aktion von der Süddeutschen Zeitung

10 Seiten Immobilien, Kauf- und Mietmarkt

Deutscher Konzern belieferte Syrien

Bekannte Unternehmen verkauften Chemikalien

München – Mehrere deutsche Firmen, darunter ein bekannter Konzern, haben Damaskus in den Jahren 2002 bis 2006 Chemikalien geliefert, die auch zur Herstellung des Giftgases Sarin dienen könnten. Das war am Donnerstag aus informierten Kreisen zu erfahren. Bei keinem der Lieferanten handelt sich nach SZ-Informationen um kleine Firmen. Die syrischen Betriebe, die die Chemikalien bezogen, gehören nicht zum industriell-militärischen Komplex des Landes. Nach Feststellung von Experten sollen auch ausländische Unternehmen solche Chemikalien geliefert haben. Wie die SZ weiter erfährt, sind darunter auch Global Player. Die Vernichtung des syrischen Chemiewaffen-Arsenals wird nach den Worten von Präsident Baschar al-Assad ein Jahr dauern und eine Milliarde Dollar kosten. LEY > Seite 2

Sicherungsverwahrte erhalten Schadenersatz

Karlsruhe – Straftäter, die wegen nachträglicher Sicherungsverwahrung rechtswidrig über Jahre eingesperrt waren, haben Anspruch auf Schadenersatz. Die jeweils zuständigen Bundesländer müssen den Betroffenen rund 500 Euro für jeden Monat in unzulässiger Sicherungsverwahrung bezahlen. Das stellte der Bundesgerichtshof in einem Urteil klar. sz > Seiten 4 und 6

Zschäpe angeblich an Tatort gesehen

München – Eine bisher unbekannte Zeugin will Beate Zschäpe kurz vor einem Mord des NSU in Dortmund wenige Kilometer vom Tatort entfernt gesehen haben – in Begleitung von Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt. Diese Zeugin soll nun im NSU-Prozess aussagen. Bisher konnte nicht bewiesen werden, dass Zschäpe an einem Tatort war. RABE > Seite 6

Dax ▲	Dow ▶	Euro ▲
Xetra 16.30 h 8674 Punkte	N.Y. 16.30 h 15670 Punkte	1.3555 US-\$
+ 0,46%	- 0,04%	+ 0,0048

DAS WETTER

TAGS 18°/3° NACHTS

Zunächst gebietsweise Regen. Später lassen zwischen dem Norden, den Mittelgebirgen und dem Osten Bayerns die Schauer nach. An den Küsten und an den Alpen scheint tagsüber auch mal die Sonne. Elf bis 18 Grad. > Seite 15

Die SZ gibt es als App für Tablet und Smartphone: sz.de/app

